

MIRIAM LANG

Präsident will doch Öl im Regenwald fördern

ECUADOR: INDIGENE UND GEWERKSCHAFTEN PLANEN WIDERSTANDSAKTIONEN

Am vergangenen Samstag überraschte Rafael Correa die ecuadorianische Öffentlichkeit mit der Ankündigung, seine Regierung werde nun alle Vorbereitungen treffen, damit die im Yasuni-Nationalpark vermuteten Erdölreserven ab Juni 2010 ausgebeutet würden. Er erteilte damit einer 2007 verkündeten ecuadorianischen Initiative eine Absage, die weltweit Aufsehen erregt hatte: Sie erklärte einen Verzicht auf die Ölförderung mitten im Regenwald, unter der Voraussetzung, dass mindestens die Hälfte der zu erwartenden Einnahmen durch Spenden und Entwicklungsgelder aus dem Norden in die Staatskasse fließen würden. Am vergangenen Dienstag nun reichte Außenminister Fander Falconí, der noch auf dem Weltklimagipfel in Kopenhagen den innovativen ecuadorianischen Vorschlag als einen der wenigen konkreten Schritte in Richtung Klimaschutz vertreten hatte, seinen Rücktritt ein. Gleichzeitig bereiten sich indigene Bewegung und Gewerkschaften auf neue Mobilisierungen gegen die Regierung vor. Kurz vor ihrem dritten Jahrestag (15. Januar 2010) wird immer deutlicher, dass sich die ecuadorianische Revolución Ciudadana, die von Correa 2006 ausgerufenen Bürgerrevolution, in einer politischen Krise befindet.

"Wir hatten erwartet, dass der Präsident persönlich nach Kopenhagen reisen würde. Er hätte dort unter allen Staatshäuptern damit glänzen können, dass er das einzige konkrete Ergebnis dieses Weltklimagipfels ermöglicht hätte," sagt Alberto Acosta, ehemaliger Präsident der verfassungsgebenden Versammlung und Energieminister, im Interview. Vor aller Welt hätte die Initiative, das Öl im Yasuni-Nationalpark nicht zu fördern, unterschrieben werden sollen. Immerhin schickte Correa stattdessen seinen Außenminister nach Dänemark mit dem Auftrag, das Gründungsdokument für den UN-verwalteten Fonds zu unterzeichnen, in den die Geberländer aus dem Norden ihre Beiträge einzahlen würden. Doch dann, kurz vor dem Beginn der entsprechenden Pressekonferenz, piff der Präsident seinen Minister Falconí zurück – und ließ ihn vor der Weltöffentlichkeit im Regen stehen. "Eine historische Chance wurde vertan", bilanziert Acosta.

Rafael Correa hatte in den letzten Jahren in Bezug auf die Ausbeutung des kurz ITT genannten Regenwaldgebiets bereits mehrmals die Seiten gewechselt. Während in Ecuador selbst immer wieder verlautbart wurde, es gebe leider nicht genug Zahlungswillige aus dem Norden, um die für die Staatsfinanzen benötigten 50 Prozent zusammen zu bekommen, und mehrmals angekündigt wurde, man werde das Öl wohl doch fördern, nahm Correa im Ausland zugleich alle Gelegenheiten wahr, um mit dem umweltfreundlichen Vorschlag überzeu-

gend zu brillieren. Zuletzt hatte er dann die Bemühungen einer eigens eingerichteten Kommission, um Geberländer aus dem Norden zu finden, endlich entfristet – was der Initiative mehr Ernsthaftigkeit verlieh. Am Samstag dann erklärte Correa seinen erneuten Meinungsumschwung so: Die Geberländer aus dem Norden hätten versucht, Ecuador inakzeptable Bedingungen zu diktieren, die die nationale Souveränität in Frage gestellt hätten. Im Sinne der Würde Ecuadors werde er deshalb nun die Ölförderung im Yasuni-Nationalpark vorantreiben. Eine geschickte Begründung, die sicher den antiimperialistischen Nerv so mancher Linker getroffen hat. Kritiker wie Acosta halten allerdings dagegen, die Erklärung des Präsidenten sei "wirklich beschämend". Es habe in Wirklichkeit keinerlei Druck der Geber aus dem Norden gegeben, ja diese hätten nicht einmal am Verhandlungstisch gesessen. Man habe sich vielmehr mit der UN-Agentur UNDP auf die Mechanismen geeinigt, wie der zu schaffende Fonds verwaltet werden solle, und in dem entsprechenden Gremium habe Ecuador letztendlich die Mehrheit gehabt. Der Präsident habe mit seiner Wankelmütigkeit nun schon seit geraumer Zeit die konkrete Einrichtung des Fonds gebremst, in den die Gelder längst hätten fließen können – von denen er gleichzeitig immer wieder bemängelte, sie würden nicht in ausreichender Höhe bereitgestellt. Ein doppeltes Spiel, das die Glaubwürdigkeit der ecuadorianischen Regierung nicht gerade

erhöht haben dürfte. Gleichzeitig machte die Regierung nie öffentlich, wie viele Länder mit welchen Summen bereits Zusagen gemacht hatten – unter anderen die Bundesrepublik, Spanien, Belgien, etc. Laut Roque Sevilla, dem Vorsitzenden der mit dem Geldeintreiben beauftragten Kommission, der bereits am Montag zurückgetreten war, gab es bereits Zusagen in Höhe von ca. 49 Prozent der vereinbarten Gesamtsumme. Acosta vermutet, der Präsident habe dem Druck der mächtigen Ölkonzerne nachgegeben, die ein Gelingen der ökologischen Initiative unbedingt verhindern wollen. Im Yasuni-Gebiet werden mit 846 Millionen Barrel 20 Prozent der ecuadorianischen Ölreserven vermutet, wenn auch nicht besonders hochwertiger Qualität. Konkret hatte Sevilla erklärt, der juristische Sekretär des Präsidenten, Alexis Mera, habe als der Weltklimagipfel bereits im Gang war, plötzlich kurzfristige Bedenken bei Correa geltend gemacht. Von Alexis Mera wiederum ist bekannt, dass er auch schon juristischer Berater des rechtesten Präsidenten war, den die jüngere ecuadorianische Geschichte aufzuweisen hat: León Febres Cordero, dessen massive Menschenrechtsverletzungen während der 80er Jahre im Jahr 2007 sogar die Einrichtung einer Wahrheitskommission in Ecuador motiviert haben. Alexis Mera ist eine der rechten Schlüsselfiguren in der ansonsten als links wahrgenommenen Regierung. Er, der als enger Vertrauter von Correa gilt, stand bereits im vergangenen Oktober im Kreuzfeuer der Kritik, als die indigene Bewegung die Regierung nach einem Aufstand gegen das geplante Wassergesetz an den Verhandlungstisch gezwungen hatte. Damals hatte die Regierung Correa, die ansonsten nicht viel von Kompromissen mit der organisierten Zivilgesellschaft, ArbeiterInnen- oder indigenen Organisationen hält, eine Reihe von runden Tischen zu Schlüsselthemen wie Bergbau, interkulturelle Schulbildung, Wasser und indigene Regierungsinstitutionen ins Leben gerufen. Es war das erste Mal seit seinem Amtsantritt, dass Correa von sozialen Protesten öffentlich zum Einlenken gezwungen wurde – insbesondere, weil bei den Demonstrationen im Amazonasgebiet ein indigener Lehrer zu Tode gekommen war. Mitte Dezember hat ECUARUNARI, die einflussreichste indigene Organisation im nationalen Dachverband CONAIE – und seit den 90er Jahren zentraler politischer Bezugspunkt für die ecuadorianische Linke – die Verhandlungen allerdings wieder abgebrochen und für das erste Quartal 2010 weiteren Widerstand angekündigt. Die Verhandlungsrunden seien reine Staffage: Die Regierung zeige keinerlei Interesse an einer tatsächlichen Mitsprache der indigenen Organisationen in der Ausformulierung der entsprechenden Gesetze – mit denen eigentlich die neue Verfassung von 2008 in die Praxis umgesetzt werden soll. Sie habe vielmehr noch während die Verhandlungen liefen, durch Dekrete und Ausführungsbestimmungen eigenmächtig weitere Tatsachen geschaffen, die den Dialog verhöhnend würden. Nach Ansicht der Sprecher der

Indigenen und anderer Kritiker aus der Linken wird die Verfassung genau durch diese Gesetze und Dekrete gebrochen. Correa selbst, der immerhin die wichtigste Indianersprache kichwa spricht, hat sich in den letzten Monaten nicht gerade durch besondere interkulturelle Kompetenz hervorgetan: Die Indigenen seien "infantil", und sie würden auf "primitive Art" Politik machen, erklärte er in seinen samstäglichen Radioshows. Auch die Gewerkschaften planen für das Frühjahr Aktionen, weil die Regierung Correa das Recht auf gewerkschaftliche Organisation so untergraben habe wie keine neoliberale Regierung zuvor. Die Regierung Correa verfolgt augenscheinlich die Strategie, die historisch gewachsenen Organisationen der fortschrittlichen Zivilgesellschaft, also soziale Bewegungen, Gewerkschaften und linke NGOs, systematisch anzugreifen und zu schwächen, während er auf der anderen Seite "linientreue" und auf seinen sehr personalistischen Führungsstil zugeschnittene Organisationen aus dem Boden stampft, die dann die soziale Basis des politischen Projekts darstellen sollen. Seit dem vergangenen Sommer gibt es in Ecuador beispielsweise sogenannte Komitees zur Verteidigung der Revolution, die auf das kubanische Vorbild anspielen. Und die bisher als politische Bewegung fungierende Regierungspartei Alianza País – die bewusst mit der alten Kultur der "Partidokratie" brechen sollte – soll im Frühjahr nun doch in eine durchstrukturierte und kontrollierbare Partei umgewandelt werden. Alberto Acosta gibt die Hoffnung noch nicht auf, dass Correa seinen Fehler in Bezug auf das Öl im Yasuni-Nationalpark noch einsehen könnte. Eine baldige, effektive Förderung des dortigen Öls sei ohnehin auch ansonsten nicht wahrscheinlich: Die neue Verfassung Ecuadors verbietet nämlich nicht nur, in Naturschutzgebieten Rohstoffe auszubeuten, sondern sie garantiert der Natur eigenständige Rechte und stellt auch die ohne Kontakt mit der westlichen Zivilisation im Amazonas-Wald lebenden Ethnien Taramenane und Tagaeri unter besonderen Schutz. Die Ausbeutung des ITT-Rohöls würde jedoch einer Auslöschung dieser Ethnien gleichkommen – weshalb Acosta als nächsten Schritt Verfassungsklagen im Inland oder auch völkerrechtliche Klagen auf internationaler Ebene für wahrscheinlich hält. Dann wird das ecuadorianische Verfassungsgericht zeigen müssen, wie politisch unabhängig es von der Regierung ist. Möglicherweise kommt es auch zu einem Referendum zu diesem Thema – dessen Ausgang sehr stark davon abhängen würde, wie die entsprechende Frage formuliert ist.

*Unter folgendem Link können Sie kostenlos unregelmäßige Berichte aus Lateinamerika bestellen: <http://lists.rosaluxemburgstiftung.de/mailman/listinfo/lateinamerika-info>
Oder Sie schicken eine mail an gabbert@rosalux.de
Sämtliche Standpunkte International sind zu finden unter: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=18727>*